



Interviews

Datum: 27. September 2026

Jonas Panning im Gespräch mit Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Panning: Wir zeichnen dieses Gespräch am Samstagnachmittag auf, auf einer Terrasse im Kurhaus von Baden-Baden. Herr Ministerpräsident, guten Tag und herzlich willkommen.

Wüst: Hallo, ich grüße Sie.

Panning: Herr Wüst, jetzt haben auch Sie in diesem Jahr eine Wahl verloren. Deutschland bewirbt sich mit München für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Der Kölner Oberbürgermeister, Torsten Burmester, der hat gerade gesagt, es tröste ihn ein bisschen, dass KölnRheinRuhr Markus Söder zumindest ein bisschen zum Zittern gebracht hat. Sie auch?

Wüst: Ja, darum ging es aber nicht. Es ging darum, dass wir das beste Angebot machen für Olympische Spiele in Deutschland. Und wir haben ein exzellentes Angebot gemacht. Wir waren in vier von sieben Bewerbungskriterien vorne. Der Deutsche Olympische Sportbund hat sich anders entschieden, für eine exzellente Bewerbung aus München. Es gab auch gute Bewerbungen aus Hamburg und Berlin, alles starke Bewerbungen. Und jetzt muss es darum gehen, dass wir alle gemeinsam dafür sorgen, Olympische Spiele nach Deutschland zu holen. Und für Nordrhein-Westfalen kann ich sagen, wir werden weiter eine sehr, sehr ambitionierte Sportpolitik machen mit einer Sportmilliarde, mit ganz viel Unterstützung für das Ehrenamt im Sport, Trainertarif, Parasport. Da werden wir nicht nachlassen.

Panning: Ihr Team hat gekämpft bis zum Schluss, ist am Freitagabend noch hier in Baden-Baden auf Stimmenfang gewesen. Wie groß ist bei Ihren Leuten jetzt die Enttäuschung?

Wüst: Ach, wir sind alle sportbegeistert. Und wir wollen Olympische Spiele nach Deutschland holen, am allerliebsten natürlich zu uns, das ist doch völlig klar. Und 66 Prozent bei den Bürgerentscheiden, Ratsbürgerentscheiden in Nordrhein-Westfalen, das war toll, und das hat ja auch Rückenwind gegeben, aber jetzt unterstützen wir

eben die nationale Bewerbung. Wir wollen Olympische Spiele nach Deutschland holen. Wir wollen unseren Kindern dieses Geschenk machen, Olympische Spiele, Paralympische Spiele in Deutschland zu erleben. Und danach müssen wir uns jetzt voll ausrichten.

Panning: Woran hat es denn gelegen, Ihrer Spekulation nach? Sie sind ja mit insgesamt 17 verschiedenen Standorten angetreten, München zentral, jedenfalls was die meisten Disziplinen angeht, mit einem One-Village-Konzept. War das am Ende ausschlaggebend, dass sich diejenigen, die hier in Baden-Baden abgestimmt haben, vielleicht für München entschieden haben?

Wüst: One-Village-Konzept hatten wir auch. Und die Vielzahl der Städte ist nominell so, schaut man sich die Distanzen an, kompakter als Los Angeles zum Beispiel, wo die nächsten Olympischen Sommerspiele stattfinden. Das muss man jetzt einmal nachher ein bisschen hören bei den Experten, woran es dann vielleicht gelegen haben mag. Es bringt aber jetzt auch nichts. Jetzt müssen wir nach vorne schauen und gemeinsam für Olympia in Deutschland anpacken. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung. Ich habe es heute auch auf der Bühne gesagt. Das ist jetzt unsere Aufgabe, das ist unser Projekt.

Panning: Was bleibt darüber hinaus von der Bewerbung KölnRheinRuhr außer recht hohe Bewerbungskosten von fast 20 Millionen Euro?

Wüst: Ja, ganz so viel war es nicht, und davon ist auch noch eine Menge, was bleibt am Ende, und ich glaube, dass wir so etwas mit hoher Zustimmung der Bevölkerung machen können, eben in vier von sieben Bewertungskriterien vorne lagen. Das zeigt, dass wir zu Recht uns auf den Weg gemacht haben. Wenn man in so einen Wettbewerb geht, dann kann man unterliegen. Das ist keine Frage. Das ist im Sport so, aber wir müssen uns nicht verstecken. Und das ist auch, glaube ich, gut für unser Land. Wir müssen uns nicht verstecken. Wir können etwas, man traut uns eine Menge zu. Insofern bleibt auch die Sicherheit, die Erkenntnis, dass wir uns so etwas zutrauen können. Und wir werden auch in Zukunft im Sport große Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen haben, weil wir einfach sportverrückt sind und weil wir es können.

Panning: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk auf, ich nehme einmal an, einer der Terrassen des Kurhauses von Baden-Baden am Samstagnachmittag. Herr Wüst, Sie sind qua Amt auch Mitglied im Präsidium Ihrer Partei, der CDU. Wir befinden uns eine Woche nach den letzten Landtagswahlen in diesem Jahr. Die CDU musste zuletzt in Sachsen-Anhalt und Berlin heftige Verluste hinnehmen. In Mecklenburg-Vorpommern schrieben Ihre Parteifreunde sogar Geschichte. Erstmals schaffte es die CDU da nicht in ein Landesparlament, scheiterte an der Fünf-Prozent-

Hürde. Wie froh sind Sie, dass es das erst einmal war mit Landtagswahlen in diesem Jahr?

Wüst: Ja, es gab noch zwei andere Landtagswahlen in diesem Jahr. In Rheinland-Pfalz haben wir die Regierung nach langer Zeit wieder übernommen. Und in Baden-Württemberg war es ganz knapp, da haben wir kräftig zugelegt, aber richtig ist, dass bei den letzten drei Landtagswahlen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, den Abgeordnetenhauswahlen, dass die politischen Ränder dort 25 Prozent zugelegt haben. Und das kann einen nicht ruhen lassen. Ich halte nichts von diesen Schnellanalysen, einen Tag nach der Wahl, zu wissen, woran es liegt.

Panning: Es ist ja jetzt auch schon ein bisschen länger her.

Wüst: Ich glaube, wir müssen wirklich sehr, sehr ernsthaft darüber nachdenken, wahrscheinlich nicht nur meine Partei, aber Sie haben mich jetzt nach der CDU gefragt, wie dieses Vertrauen, das da verloren gegangen ist in die demokratischen Parteien, wieder hergestellt werden kann. Da ist Vertrauen verloren gegangen, da braucht man ja gar nicht drum herum zu reden. Eine erste Indikation ist, glaube ich, dass sich insbesondere im Osten Deutschlands, aber das ist keine Frage nur von Ost und West, vielleicht eine Frage des Zeitraums, wann es auch bei uns so ist, viele Menschen mit ihren Meinungen ausgegrenzt fühlen. Und ich glaube, dass Demokratie nur funktionieren kann, wenn man auch Meinungen einen Raum gibt, wenn man als Volkspartei CDU auch Meinungen hört, die einem komplett widerstreben. Ich glaube, wir müssen dieses Gefühl sehr ernst nehmen, dass man in diesem Land vielleicht nicht mehr alles sagen könne. Als jemand, der ein Amt hat, habe ich ja einen Eid auf die Verfassung geleistet, die Meinungsfreiheit auch zu verteidigen. Deswegen habe ich immer etwas reserviert reagiert auf den Vorwurf, man darf hier nichts mehr sagen. Man darf hier alles sagen, aber die Menschen haben das Gefühl, dass es eine Art von Meinungsintoleranz gibt, dass man bestimmte Dinge eben faktisch dann doch besser nicht sagt. Und das ist, glaube ich, nicht gut. Das ist mir im Osten begegnet, im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt, ganz massiv. Und ich glaube, darauf müssen wir eine andere Antwort finden als bisher.

Panning: Aber wo ist denn dieses Vertrauen verloren gegangen? Ist das Vertrauen verloren gegangen, wenn ein Bundeskanzler im Wahlkampf für die Schuldenbremse eintritt und nach der Wahl für milliardenschwere Neuverschuldung eintritt oder einen Herbst der Reformen verspricht, der dann nicht kommt?

Wüst: Also, Friedrich Merz hat es ja selber auch gesagt, dass da Anlass zur Selbstkritik besteht, auch an der Arbeit der Bundesregierung und ihrer Führung. Das ist sicherlich richtig, ist vermutlich aber auch noch nicht alles. Da sind auch noch ein paar sehr viel fundamentalere Grundlagen für diesen Vertrauensverlust.

Panning: Welche denn?

Wüst: Eins habe ich gerade gesagt, dass der Diskurs vielleicht gar kein öffentlicher mehr ist. Was meine ich damit? Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass ihre Stimme besser gar nicht mehr erhoben wird, sind diese Menschen ja nicht weg und ihre Meinung ist nicht weg.

Panning: Das habe ich verstanden, aber wie begegnet man dem?

Wüst: Das ist die spannende Frage. Und deswegen habe ich auch eben gesagt, nach so einer Wahl in Mecklenburg-Vorpommern jetzt eine Woche drauf schon zu sagen, wir machen das jetzt so, dann ist alles besser, dann hätte man ja auch zu Recht die Frage stellen können: Warum warst du so schlau nicht vor sechs Wochen? Also, ich glaube, da haben wir schon noch einmal jetzt sehr grundlegende Arbeit zu leisten, wie man dagegen arbeitet, auch die Frage, wie man die Menschen eben wieder einlädt, ihre Auffassung zu sagen und miteinander ringt und diskutiert. Ich habe Menschen getroffen, die waren unglaublich wütend, in einer Art und Weise wütend an der Grenze zur Aggression. Und dann haben wir ein paar Minuten geredet, da kam ein Mann auf mich zu und war total dankbar, dass ich ihm einmal zugehört habe. Zwischen Beginn des Gesprächs und Ende des Gesprächs war nicht viel Zeit, aber ganz viel Aggression aufgebaut. Und das hat mich sehr nachdenklich gemacht. Und deswegen denke ich darüber nach, ohne jetzt die letzte Antwort zu haben, aber das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Panning: Haben Sie denn noch Hoffnung, dass das mit diesem Bundeskanzler geht? Denn die Zahlen sind ja sehr eindeutig. Wenn man sich zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern anschaut, da haben 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler laut Forschungsgruppe Wahlen gesagt, dass Friedrich Merz der CDU schadet. Und Parteianhänger der CDU, das waren nicht unbedingt viel weniger. Woher nehmen Sie die Hoffnung, dass es mit dem Bundeskanzler und mit dem Parteivorsitzenden noch funktioniert, was Sie gerade beschrieben haben?

Wüst: Ich glaube, dass die außenpolitische Lage und die innenpolitische Lage so ernst ist und so sehr eine stabile Bundesregierung erfordert, dass jetzt nichts falscher wäre, als zu glauben, wir tauschen jetzt einmal die Spitze aus, und dann ist alles erledigt. Das wäre eine Scheinantwort. Es geht tiefer, und deswegen haben wir gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der CDU auch ein Signal der Stabilisierung gegeben, weil wir da überzeugt sind, dass es nicht die richtige Antwort ist. Und ich habe Friedrich Merz so erlebt, dass er auf der einen Seite durchaus entschlossen ist, einen sehr klaren Blick hat, auch auf die Kritik an ihm, sehr nachdenklich ist. Und ihm ist auch klar, dass es jetzt ein neues Durchstarten dieser Bundesregierung bedarf.

Da müssen jetzt ein paar Projekte auch beendet werden, fertig gemacht werden, ins Ziel gebracht werden, die meines Erachtens auch ein bisschen zu lange liegen.

Panning: Sie werden ja selbst immer wieder als Reservekanzler gehandelt. Was sagen Sie eigentlich politischen Beobachtern, Experten, vielleicht auch Kritikern, die Ihnen vorwerfen, dass Sie die Gerüchte selbst nähren?

Wüst: Wenn man sich einbringt, und ein nordrhein-westfälischer Ministerpräsident mit einem Land von 18 Millionen Menschen, der muss sich einbringen. Der kann sich nicht wegducken. Der kann sich nicht verstecken. Dazu sind wir aber ein bisschen groß. Da muss ich das aushalten, sowohl das eine, wo der ein oder andere mit meiner Person Hoffnung verbindet, aber auch die Kritik. Das halte ich auch aus. Das ist nicht mein Thema. Ich bleibe gerne Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, aber es entbindet mich nicht davon, mitzuhelfen, dass insgesamt meine Partei und die politische Mitte in Deutschland wieder besser da steht.

Panning: Aber es kommt ja auch darauf an, wie man es macht. Sie sind am Tag nach der Sachsen-Anhalt-Wahl, die ja desaströs für Ihre Partei ausgegangen ist, in Berlin, am Brandenburger Tor, machen da bildstarke Termine, und im Konrad-Adenauer-Haus der Parteizentrale der CDU steht der Bundeskanzler und Parteivorsitzende und erklärt die Situation. Also, damit bringt man sich ja ins Gespräch, zumindest bildlich.

Wüst: Das ist jetzt Ihre Deutung. Die ist Ihnen unbenommen. Ich habe Wahlkampf gemacht mit der CDU in Berlin, die eben dann die nächste Wahl hatte. Und dem Wunsch habe ich entsprochen. Das habe ich auch gerne gemacht. Wir halten das schon aus in der Partei, dass ein paar mehr Leute in der Lage sind, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zu unterstützen. Ich war in allen Wahlkämpfen in den letzten Jahren aktiv. Ich war in der Bundestagswahl auch von Nord- bis Süddeutschland bei vielen, vielen Terminen unterwegs. Selbst bei der Kommunalwahl in Bayern war ich eingeladen. Das muss man auch machen. Ich habe ja auch Unterstützung bekommen bei unserer Wahl. Und ich unterstütze auch andere Wahlkämpfer. Und ich finde, das gehört einfach dazu.

Panning: Ihre letzte Auslandsreise nach Polen hat dazu geführt, dass es offenbar im Kanzleramt hoch hergegangen ist und dass – Zitat - „wüste Spekulationen“ zurückgewiesen wurden aus dem Kanzleramt.

Wüst: Ja, ich mache meinen Job, wir haben eine Partnerschaft mit Schlesien. Die haben wir da gepflegt, auch zum Erfolg unseres Landes. Und das ist schlicht meine Aufgabe. Wenn ich mir jeden Tag Gedanken darüber machen würde, was andere aus meiner Arbeit deuten, dann bewegt man sich irgendwann nicht mehr. Das ist

nicht gut. Wir leben in Zeiten, in denen wir Antworten geben müssen, in denen wir agieren müssen, in denen wir auch als Regierungsverantwortliche Dinge einfach tun müssen. Wir können nicht einfach verwalten. Und insofern nehme ich das alles zur Kenntnis, aber ich habe hier meine Aufgabe, und die nehme ich nach wie vor sehr aktiv und sehr gerne wahr als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Panning: Und der wollen Sie bleiben. Am 25. April kommenden Jahres wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Vorausgesetzt Ihre Partei, Ihr Landesverband nominiert Sie für die Spitzenkandidatur, treten Sie eigentlich für die gesamte Legislaturperiode an?

Wüst: Selbstverständlich, ich bin auch schon wieder für den Landtag aufgestellt worden. Und Sie sagen es richtig, wenn meine Partei mich zum Spitzenkandidat aufstellt, trete ich auch wieder als Ministerpräsident an.

Panning: Also für fünf Jahre?

Wüst: Fünf Jahre, das ist die Amtszeit.

Panning: Und Sie können ausschließen, dass Sie vorher Düsseldorf in Richtung Berlin verlassen innerhalb dieser fünf Jahre? Also, Ihr Platz ist in Nordrhein-Westfalen für diese fünf Jahre?

Wüst: Schauen Sie, das ist eine Wahlperiode für fünf Jahre. Ich trete an für fünf Jahre. Ich habe keine anderen Pläne.

Panning: Das heißt, Sie können jetzt noch nicht ausschließen, ob Sie für fünf Jahre in Nordrhein-Westfalen bleiben?

Wüst: Ich trete an für fünf Jahre. Darauf können sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen verlassen, mein Wort steht.

Panning: Der Deutschlandfunk mit dem Interview der Woche und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst von der CDU. Herr Wüst, die führenden Wirtschaftsinstitute haben in dieser Woche ja ihr prognostiziertes Wirtschaftswachstum für dieses Jahr deutlich nach oben korrigiert auf 1,3 Prozent, verbunden allerdings mit dem Hinweis, dass es bei Reformen jetzt schnell gehen muss. Wir warten noch immer auf den Gesetzentwurf zur Rente. Sie haben gerade schon gesagt, das dauert alles ein bisschen lange. Dauert das zu lange? Warum dauert das so lange?

Wüst: Das ist jetzt drei Monate her, dass es den Abschlussbericht der Rentenkommission gab und die zuständige Ministerin, Frau Bas von der SPD, und der Bundeskanzler gesagt haben, das ist ein Gesamtkunstwerk. Natürlich braucht es

eine Zeit, bis man einen Gesetzentwurf geschrieben hat. Das ist so, aber ich finde, es wird jetzt allerhöchste Eisenbahn. Das hat auch den Wahlkämpfen, über die wir eben gesprochen haben, nicht gut getan, dass es keinen Gesetzentwurf gab. Warum nicht? Weil ich zum Beispiel auf eine Regelung sehr gespannt bin, die es Menschen ermöglichen soll, früher aus dem Berufsleben auszusteigen, die nicht mehr können, die körperlich, vielleicht auch psychisch nicht mehr arbeiten können. Das ist für mich eine Voraussetzung dafür, dass man bei steigendem Lebensalter auch ein Stückchen länger arbeitet. Man hat sich im Grunde darauf geeinigt, zu sagen, ein Drittel der zusätzlichen Lebenszeit wird in Arbeit verbracht werden müssen, damit am Ende die sozialen Sicherungssysteme stabil sind, damit die Rente sicher ist, damit das Rentensystem auch für die nächsten Generationen seriös finanziert und sicher ist, aber das setzt voraus, dass Menschen, die eben schwer körperlich gearbeitet haben, auch früher raus können. Wir haben immer dieses Beispiel mit dem Dachdecker. Dafür muss es doch jetzt endlich mal eine Lösung geben. Da reden wir jetzt mal grob darüber...

Panning: ...diese eine Gruppe, reden wir nur über diese eine Gruppe, die Sie meinen?

Wüst: Das ist das Beispiel, hätte man da einmal eine Lösung gehabt, einen Gesetzentwurf, dann kannst du natürlich auch die Frage vom Ausstieg aus dem Berufsleben mit 45 Beitragsjahren, Rente mit 63 oder 64,5, anders, entspannter, gelassener, sachorientierter diskutieren, wenn du weißt, wer nicht kann, kann früher raus. In dem Moment, wo man eine solche Lösung noch nicht hat, wird die andere Debatte umso unerbittlicher geführt. Und das meine ich damit, wir sind da ein Stück auch ein stehendes Ziel geworden in den letzten Monaten. Deswegen will ich gerne einmal eine Lösung da jetzt haben. Und ich bin sicher, dass Frau Bas das ähnlich sieht wie ich. Und deswegen wundere ich mich, dass wir nicht schon längst einen Entwurf haben.

Panning: Erklären Sie einmal, wie stellen Sie sich das vor? Wer legt das fest, welche Gruppe profitiert von der Abschlagsfreiheit nach 45 Beitragsjahren?

Wüst: Es muss doch eine Lösung geben, wo definiert ist, dass man vielleicht zum Amtsarzt geht oder sonst was, der dann eben sagt, okay, du kannst den Job nun wirklich nicht mehr machen. Das ist, glaube ich, kein Hexenwerk. Andere Länder haben ähnliche Voraussetzungen. Und ich glaube, das wird die Debatte versachlichen.

Panning: Das ist ja auch eine Frage, die mit Gerechtigkeit zu tun hat. Und darüber hat der Bundeskanzler am Montag dieser Woche auch von sich aus gesprochen am Beispiel der Gesundheitsversorgung. Da kam der Impuls auch aus Nordrhein-

Westfalen, aus Ihrem Kabinett, vom Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Lohnt sich, darüber auch zu diskutieren, was das Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung angeht?

Wüst: Es ist ja dann auch durch den Regierungssprecher klargestellt worden, um was es geht, nämlich dass alles, was in der gesetzlichen Krankenversicherung gemacht wird, wirkungsgleich auch in der privaten passieren muss. Und ich glaube, dafür haben die Menschen schon eine feine Antenne. Der Bundeskanzler hat auch über das Thema Arzttermine gesprochen. Das finden Menschen ungerecht, wenn Familien mit kleinen Kindern, die gesetzlich krankenversichert sind, das sind ja nun einmal die meisten in diesem Land, wenn die drei Monate auf einen Ohrenarzttermin warten, HNO-Termin warten mit ihrem Kind, und andere haben ihn innerhalb von zwei Wochen.

Panning: Ja, aber es reicht ja nicht, nur darüber zu sprechen.

Wüst: Ja, genau, das muss man jetzt im weiteren Verfahren eben dann auch anpacken. Deswegen, die wirkungsgleiche Umsetzung der Veränderungen halte ich für total richtig. Das Gleiche gilt, glaube ich, da kommen wir gar nicht dran vorbei, einmal darüber zu sprechen, was ist bei der Rente mit dem öffentlichen Dienst. Auch da muss es wirkungsgleiche Anwendungen geben. Auch die Vertreter der Beamtenschaft stellen das im Kern gar nicht infrage. Aber dazu, wir brauchen jetzt wirklich einmal ein paar konkrete Gesetzentwürfe, Regelungsentwürfe, damit wir auch aus dieser allgemeinen Debatte über Empfindungen – die können ja sehr unterschiedlich sein bei uns Menschen – einmal herauskommen. Und dann finde ich, muss man immer auch als CDU in der Regierung mit der SPD in der Lage sein, einen guten Kompromiss zu machen, dass man vorankommt. Die Menschen wollen, dass Regierungen regieren, dass wir handeln. Und der Unterschied in der Bewertung meiner Regierung in Nordrhein-Westfalen, unserer Regierung - schwarz-grün - zur Bundesregierung hat, glaube ich, einen Grund auch darin, dass wir eben nicht diese monatelangen öffentlichen Streitigkeiten aufführen, sondern Dissenzthemen auflösen und Probleme dann auch einmal wegräumen.

Panning: Ihre Landesregierung, Ihr Kabinett ist paritätisch aufgestellt. Das bringt mich zu meinem nächsten Thema. Am 30. Januar kommenden Jahres wird ein neuer Bundespräsident gewählt. Union und SPD haben eine klare Mehrheit in der Bundesversammlung. Die meisten Mitglieder dort kommen aus Ihrem Bundesland. Herr Wüst, ist es Zeit für die erste Frau im höchsten Amt der Bundesrepublik?

Wüst: Ja, ich habe ja schon früher Sympathien dafür erkennen lassen. Ich finde, nur gerade beim höchsten Staatsamt muss man jetzt ein bisschen aufpassen, der eine sagt, es soll eine Frau werden, wo ich dafür wäre, und der Nächste sagt so, und der

andere sagt so. In der Zeit, in der so viel Vertrauen in die Handelnden, in die Exekutivverantwortung da ist, wo so viel Misstrauen gegenüber Regierenden ist, sollten wir dieses Staatsamt würdigen und von allzu viel vorherigem Gerede absehen.

Panning: Was muss denn eine Bundespräsidentin mitbringen?

Wüst: Eine Bundespräsidentin oder ein Bundespräsident, glaube ich, der auf dieses Land, auf dieses Volk schaut, muss in der Lage sein, zuzuhören, zu versöhnen, Zusammenhalt zu stiften. Die Gesellschaft driftet an vielen Stellen spürbar auseinander. Der Ton wird rauer. Und ich glaube, da hat ein Staatsoberhaupt eine Aufgabe. Aber jetzt will ich genau das nicht machen, was ich gerade kritisiert habe, nämlich zu viele Eckpunkte definieren. Wir sollten dieses Staatsamt nicht zerreden.

Panning: Sie haben am Tag nach dem Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum verfassungsrechtlichen Umgang mit der AfD ins Gespräch gebracht. Was ich noch nicht verstanden habe, was Ihnen konkret vorschwebt. Vielleicht können Sie mir das einmal erklären.

Wüst: Das Allerwichtigste ist, dass die demokratischen Parteien nicht nachlassen, um jeden Wähler, um jede Wählerin zu kämpfen, die uns gerade nicht vertrauen. Das ist das Allerwichtigste, und das darf man, glaube ich, nie hinten rüberfallen lassen. Da ist unsere Aufgabe als Parteien, die weist uns das Grundgesetz zu. Die haben wir in den Jahrzehnten der Existenz der Bundesrepublik ganz überwiegend, ganz ordentlich erfüllt. Man kann immer unterschiedlicher Meinung sein, welche Partei es nun besser geschafft hat, aber die Aufgabe schaffen wir gerade nicht ausreichend gut. Das ist unsere Aufgabe, sehr genau den Menschen zuzuhören, auch andere Politik zu machen. So, und der zweite Teil ist, dass wir eine sachorientierte Bewertung der Partei bekommen, dieser AfD in dem Fall. Und dazu gibt es eben die Voraussetzung, dass es eine gemeinsame Bund-Länder-Arbeitsgruppe gibt, die sich anschaut, ergebnisoffen, was ist das für eine Partei, und das dann auch bewertet. Und dann muss es eben nicht, wie etwas verkürzt wiedergegeben worden ist, in einem Parteiverbot enden. Es gibt auch mildere Mittel, indem sich diese Demokratie wehrt, aber für mich ist eins total klar, dass bis jetzt jedenfalls, Stand heute, die Idee, wir regieren die AfD klein, nicht geklappt hat. Das sagen die Wahlergebnisse. Und wenn gleichzeitig davon geredet wird, es erinnere an Weimar und andere saftige Beschreibungen, dann finde ich, muss der Staat, ich rede hier als Amtsträger, nicht als irgendjemand, der sich politische Gedanken macht, auch das in ein sauberes Verfahren gießen.

Panning: Aber wann wird denn diese Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt? Ist das ein Thema, was Sie forcieren für die Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober?

Oder machen Sie das zu einem Ihrer Themen, wenn Sie zum 1. November den Bundesratsvorsitz übernehmen? Also, wie muss ich mir das konkret vorstellen?

Wüst: Wir sind im Länderkreis darüber im Austausch, und ich werbe dafür. Der Bund muss auch mitmachen, und bisher gibt es darüber eine Diskussion. Und wir werden sehen, ob wir da uns einig werden und vorankommen. Es gibt eine signifikante Bewegung, die ein Verbotsverfahren fordert. Ohne eine solche Bund-Länder-Arbeitsgruppe gibt es das nicht, und die bisherige, die hat nicht funktioniert. Deswegen ist mein Vorschlag, den nächsten Verfahrensschritt zu machen, um eine ergebnisoffene Sammlung und Bewertung zu erarbeiten. Und ich glaube, das ist jetzt unsere Aufgabe.

Panning: Sie haben ja die AfD vor ziemlich genau drei Jahren einmal als Nazipartei bezeichnet. Würden Sie das eigentlich wiederholen? Und wenn ja, was folgt daraus anderes, als ein Verbot konkret zu prüfen, also einen Antrag auf ein Verbot?

Wüst: Ich habe das in Bezug auf die maßgeblichen Funktionäre dieser Partei gesagt, aber mir ist eben auch wichtig, dass wir die Wählerinnen und Wähler nicht ausgrenzen, sondern um sie ringen, um sie kämpfen. Das ist mein Thema gerade. Alleine schon dieser Gedanke, dass wir die gar nicht mehr hören wollen, der macht mich sehr, sehr nachdenklich. Und ich glaube, da ist unsere erste Aufgabe jetzt als Demokraten in diesem Land, das Gespräch wieder zu eröffnen, das offensichtlich abgerissen ist.

Panning: Dann lassen Sie uns aber einmal beim Verbot beziehungsweise bei der Diskussion über das Verbot bleiben. Die Holocaust-Überlebende Eva Umlauf, Präsidentin des Internationalen Auschwitz Komitees, die hat ja in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung konkret Sie aufgefordert: „Am liebsten würde ich Sie bitten, sofort auf die Einleitung des Verfahrens hinzuwirken“, hat sie geschrieben. Also Sie haben da eine Erwartungshaltung geweckt.

Wüst: Ja, die Erwartung gibt es ja von vielen Menschen.

Panning: Ja, aber sie ist betroffen.

Wüst: Ja, natürlich ist da die Erwartungshaltung.

Panning: Und sie legt praktisch ihr eigenes Vermächtnis in Ihre Hände.

Wüst: Ja, die Voraussetzung für die Eröffnung eines Verbotsverfahrens wäre erst einmal, dass es eine ordentliche Sammlung in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe gibt. Das ist genau das, was ich vorschlage, und dafür werbe ich auch. Und noch einmal: Es entbindet uns nicht von der Pflicht, gleichzeitig unsere Politik zu hinterfragen und auch das Gespräch mit den Menschen wieder zu eröffnen, weil nichts wäre

schlimmer, als wenn wir jetzt nur über den formalen Umgang mit der AfD reden. Wir haben viel zu viel über diese Partei geredet. Wir müssen über die Menschen reden, die diese Partei wählen, die die Linkspartei wählen, die BSW wählen, die sich aus der politischen Mitte verabschiedet haben. Das ist das Hauptaugenmerk, und das muss auch das Hauptaugenmerk der politischen Debatte sein. Ich höre immer oft, wir müssen unsere Politik besser erklären. Ich glaube, wir müssen auch Politik verändern, um ein Stück auf die Menschen zuzugehen. Damit muss man sich nicht radikale Meinungen zu eigen machen, ganz im Gegenteil. Da muss man dagegenhalten. Aber nicht jeder, der die politischen Ränder gewählt hat, ist gleich ein Radikaler, eine Radikale, und deswegen ist das das Hauptaugenmerk.

Panning: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das Gespräch.

Wüst: Sehr gerne, vielen Dank Ihnen.